

(A)

(C)

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Gloser, Dietmar Nietan, Klaus Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

**Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik**

– Drucksachen 17/5487, 17/6421 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Joachim Hörster  
Günter Gloser  
Marina Schuster  
Wolfgang Gehrcke  
Kerstin Müller (Köln)

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Niema Movassat, Heike Hänsel, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Selbstständige Entwicklung fördern – Faire Handelsbeziehungen zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien aufbauen**

– Drucksache 17/8582 –

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Rainer Stinner für die FDP-Fraktion.

**Dr. Rainer Stinner (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Morgen jährt sich zum ersten Mal der Tag, an dem Präsident Mubarak vom ägyptischen Volk vom Throne gestoßen worden ist. Wir erinnern uns alle an die Hoffnungen, die wir mit diesem Tag verbunden hatten, nicht nur für Ägypten, sondern für die gesamte Region. Nun sind wir ein Jahr weiter. Viele unserer Erwartungen sind enttäuscht worden. Wir stellen fest: Uns haben, was die Entwicklung in dieser Region angeht, die Mühen der Ebene erreicht.

Vieles ist unklar. Eines aber ist klar – damit komme ich auf das zurück, was wir vor einer Stunde diskutiert haben –: Es gibt deutliche Signale, auch von liberalen Kräften. Man sagt: Es ist zwar schön, dass ihr uns unterstützt, aber geht nicht davon aus, dass wir euer System eins zu eins übernehmen werden. Man sagt uns auch: Ihr müsst davon ausgehen, dass die Religion in unserem Staatswesen in Zukunft eine größere Rolle spielt, ob euch das passt oder nicht. – Damit müssen wir hier fertigwerden. Ich sage trotz all der Anstrengungen, die wir unternehmen müssen, ganz bewusst: Seien wir bescheiden in dem, was wir erreichen wollen.

In diesem Zusammenhang stelle ich einen gewissen Widerspruch zu der vorigen Debatte fest. Vorhin ist der Bundesregierung vorgeworfen worden, sie betreibe Großmannssucht nach dem Motto: An deutschem Wesen soll die Welt genesen. Und: Alle sollten sich nach Deutschland richten.

- (B)

(Inge Höger [DIE LINKE]: So ist es doch auch!)

Nun werden wir vorwurfsvoll gefragt: Warum habt ihr dieses oder jenes noch nicht erreicht? Das ist ein gewisser Widerspruch. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie müssen sich einmal Gedanken machen, in welche Richtung Sie eigentlich gehen wollen. Wenn Sie von Deutschland verlangen, tatkräftig zu sein, dann können Sie uns auf der anderen Seite nicht vorwerfen, Großmannssucht zu betreiben und wieder mehr in der Welt sein zu wollen. Das passt irgendwie nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich hatte im April vorigen Jahres die Freude, eine Rede zu diesem Thema zu halten. Wir haben schon damals gesagt – das ist heute noch richtig –: Wir müssen uns fokussieren und die Instrumente, die uns für diese Region zur Verfügung stehen, in stärkerem Maße anpassen – zum Beispiel bei den Themen Union für das Mittelmeer, Barcelona-Prozess und Europäische Nachbarschaftspolitik –; denn in diese Bereiche fließen enorme Geldmengen.

Ich will in Erinnerung rufen, dass zwischen den Jahren 2007 und 2012 allein im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik 8 Milliarden Euro in diese Region geflossen sind; das ist nicht wenig Geld. Wir müssen gemeinsam eine Antwort auf die Frage finden, ob dieses

Geld richtig angelegt ist. Ich glaube, nicht nur Deutschland, sondern vor allen Dingen Europa muss in dieser Hinsicht einfach noch besser werden. (C)

Die Union für das Mittelmeer hat zwar einige neue Programme aufgelegt, aber sie ist nicht schlagkräftig genug. Es wurde die „Euro-Mediterranean Sustainable Urban Strategy“ entwickelt; eine Arbeitsgruppe trifft sich zum ersten Mal im März dieses Jahres. Mit dem Projekt LOGISMED wird ein Logistikverbund angestrebt. All diese Projekte sind vom Prinzip her gut und richtig, haben aber noch nicht die Schlagkraft erreicht, die wir eigentlich brauchen.

In der Europäischen Nachbarschaftspolitik haben wir uns entschieden – wie ich finde, zu Recht –, uns auf einige Länder stärker zu fokussieren, weil wir den Unterschieden gerecht werden müssen. Wir können Marokko, Tunesien, Ägypten, Libyen usw. zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in einen Topf werfen, weil die Situation in diesen Ländern sehr unterschiedlich ist. Darauf müssen wir eingehen.

Unser Ziel ist die wirtschaftliche Integration. Beispielsweise planen wir mit einigen Ländern, innerhalb von 15 Jahren einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aufzubauen. Um das zu erreichen, muss nach Fähigkeiten und Bedarf vorgegangen werden.

Wir haben eine sogenannte Transformationspartnerschaft mit Ägypten annonciert. Natürlich müssen wir auch in der heutigen Debatte sehr deutlich sagen, dass das, was in Ägypten gegenwärtig passiert, und zwar sowohl auf der Straße als auch in den Gefängnissen als auch bei der Polizei als auch im Justizwesen, was zum Beispiel die Konrad-Adenauer-Stiftung angeht, alles andere ist als das, was wir uns unter einer Transformationspartnerschaft vorgestellt haben. Deshalb müssen wir von hier aus sehr deutlich sagen: Liebe Leute in Ägypten, wir wollen euch gerne helfen; aber dafür müsst ihr viel mehr tun, als ihr bisher getan habt. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

So haben wir uns die Zusammenarbeit jedenfalls nicht vorgestellt.

Die Europäische Union hat am 14. Dezember des letzten Jahres angekündigt, umfassende Freihandelsabkommen mit Tunesien, Ägypten, Marokko und Jordanien abzuschließen. Das ist richtig. Tunesien hat den Status eines privilegierten Partners. Hier wird also eine ganze Reihe von Dingen gemacht.

Gerade an diesen Punkten setzt der Antrag der Linken an. Die Linken schreiben in ihrem Antrag, dass man das alles nicht machen sollte, dass man keine Freihandelsabkommen schließen sollte; denn sie dienten nur dazu, dass wir, der böse Westen, die armen Leute noch mehr ausbeuten.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das ist auch so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, ich kann Ihnen – das habe ich auch vorhin schon gesagt – eine gewisse Konsequenz nicht absprechen. Mit Ihrer Politik

**Dr. Rainer Stinner**

- (A) verfolgen Sie eine ganz konsequente Strategie der Verelendung in diesen Ländern. Sie sagen: Es ist schlecht, dass wir unsere Märkte für diese Länder öffnen, weil Handel schlecht ist. Liebe Kollegen der Linken, das haben Sie erfolgreich in der DDR praktiziert, und das praktiziert man in Kuba bis zum heutigen Tage.

(Patrick Döring [FDP]: So ist es! Nordkorea! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie sind erfolgreich bei 3 Prozent angekommen!)

Wir können nur sagen: Wir möchten den Leuten in Nordafrika nicht zumuten, dass Ihre Rezepte auf ihre Länder angewendet werden. Wir werden das – das sage ich sehr deutlich – verhindern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Uns liegt heute ein Antrag der SPD vor, der viel Richtiges enthält. Ich darf aber bemerken: Dieser Antrag ist schon ein bisschen älter. Ich glaube, dass es problematisch ist, in der Politik mit Anträgen umzugehen, die ein gewissermaßen antiquarisches Format haben. Viele der Forderungen, die Sie im letzten April gestellt haben, sind realisiert worden. Daher möchte ich Sie ermuntern, sich in die Debatte einzubringen und an der aktuellen Diskussion teilzunehmen. Wie gesagt, will ich gar nicht bestreiten, dass viele Dinge, die Sie angesprochen haben, völlig richtig sind. Vieles ist aber auch schon realisiert. Wir werden auf diesem Entwicklungspfad voranschreiten. Wir wissen, wie schwer das ist. In Deutschland und in der Europäischen Union haben wir ein Commitment:

- (B) Wir wollen den gesellschaftlichen Prozess, die Entwicklung in Richtung Rechtsstaat und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region durch Transformationspartnerschaften fördern, weil das im Interesse der Region und im Interesse unseres eigenen Landes ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Günter Glöser hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

**Günter Glöser (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In einer Debatte zur Mittelmeerpolitik können die gegenwärtig dramatischen Ereignisse in Syrien nicht ausgeblendet werden. Wir alle sind über das kaltblütige Verhalten des syrischen Regimes entsetzt. Doch wir sind nicht nur darüber entsetzt. Auch das Verhalten Russlands und Chinas im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist falsch und unverständlich. Ich appelliere daher nochmals in Richtung Moskau und Peking: Setzen Sie sich für eine Konfliktlösung bei den Vereinten Nationen ein und nehmen Sie Einfluss auf das Assad-Regime – für einen Weg der Deeskalation.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Von der Bundesregierung fordern wir seitens der SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang – wir haben darüber schon mehrfach diskutiert –: Setzen Sie sich in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für einen kompletten Stopp der Abschiebungen nach Syrien ein. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag, über den wir heute debattieren, ist – das ist richtig – bereits zehn Monate alt. Seither ist die arabische Welt eine andere geworden. Die Region befindet sich gegenwärtig immer noch in einer epochalen Veränderungsphase. Das bedeutet, dass sich vor allem in den Köpfen der Menschen eine Revolution vollzogen hat. Das mutige Beispiel der Tunesier, aber auch das der Ägypter haben den Menschen gezeigt, dass sie die Macht und das Recht haben, Veränderungen zu fordern und auch durchzusetzen. Das ist eine wahre Revolution. Selbst in den Ländern, in denen es keine Umstürze gab, versuchen Regierungen, den Menschen durch Reformen entgegenzukommen.

Mit den positiven Veränderungen geht es weiter. Ich möchte einige aufführen:

Erstens. In Marokko wurde vom König ein Verfassungsprozess angestoßen, der zu einem ersten Kompetenzgewinn des Parlaments führte.

Zweitens. Zu begrüßen ist auch die in den letzten Tagen festzustellende Annäherung zwischen Algerien und Marokko. Auch das war in den letzten Jahren Thema.

Drittens. Die angekündigte Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung ist ebenfalls ein positives Signal. Damit wird eine wichtige Vorbedingung für ein Vorkommen im Nahostfriedensprozess erfüllt.

Viertens. Die Arabische Liga vertrat in der Vergangenheit eher die Interessen der Machthaber als der Bevölkerung ihrer Mitgliedstaaten. Auch sie definiert ihre Rolle derzeit neu und sucht den Anschluss an die Vereinten Nationen, wie das aktuelle Beispiel ihres Vorschlags für eine gemeinsame Beobachtermission mit der UNO in Syrien zeigt.

Bei aller Schmerzhaftigkeit der aktuellen Entwicklung in Syrien: Die Gesamtentwicklung der Region bedeutet für uns einen großen Gewinn; denn sie gibt uns erstmals Hoffnung auf eine nachhaltige Sicherheit in unserer südlichen Nachbarschaft, und das angesichts all der Dinge, Herr Kollege Stinner, die Sie angesprochen haben; manchmal haben wir vielleicht andere Entwicklungen erwartet. Diese Hoffnung ist aber auch eine Verpflichtung, das Unrige zu tun, um den Menschen in dieser Region zu helfen, und zwar beim Aufbau ihrer Institutionen und ihrer Demokratien, aber auch bei der Lösung der drängenden Probleme, bei der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Schaffung sozialer Sicherheit und zum Teil auch bei der Verbesserung der Infrastruktur.

Was genau kann Europa anbieten? Frank-Walter Steinmeier und ich haben im Februar 2011 ein – zugegeben – kurzes Papier vorgelegt, in dem wir die Umriss eines Marshallplans für die arabische Welt gefordert haben. Das mag in manchen Ohren nach Einmischung

**Günter Gloser**

- (A) klingen. Aber unser Ansatz bedeutet partnerschaftliche Kooperation auf gleicher Augenhöhe. Dieser Ansatz beruht auf gegenseitigem Vertrauen zwischen Nord und Süd.

Einiges, was wir im letzten Februar gefordert haben, ist umgesetzt worden. Ich will gar nicht damit hinter dem Berg halten, dass einige Dinge in die Transformationspartnerschaft eingeflossen sind. Aber die historischen Ereignisse von 2011 fordern uns nicht zu Einzelmaßnahmen auf. Wir müssen die europäische Mittelmeerpolitik neu ausrichten. Dabei müssen wir die eigenständige Entwicklung der jungen Zivilgesellschaften der arabischen Welt respektieren, aber auch auf Gemeinsamkeiten hinarbeiten.

Die Idee vom Mittelmeer als dem Mare Nostrum ist nicht neu. Bereits die Römer sprachen von „unser Meer“, aber gewiss mit Vorstellungen und Absichten verbunden, die anders sind als die, die wir heute haben. Wir wollen heute die um das Mittelmeer liegenden Staaten als einen gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Raum gestalten. Doch die Flüchtlingskatastrophen mit ihren vielen Opfern im Mittelmeer zeigen auf dramatische Weise, dass wir von diesem gemeinsamen Raum noch weit entfernt sind. Daran muss Europa unbedingt etwas ändern. Abschottung allein wird auf Dauer nicht die Lösung sein können. Wir wollen, ja wir müssen andere Wege gehen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die von der SPD in diesem Antrag geforderte Bildungsmigration ist sicherlich – dies weiß ich – ein umstrittener Punkt. Aber ich möchte ihn hier dennoch ausdrücklich erwähnen. Hier setzt unsere wichtigste Verantwortung an. Wenn wir es wirklich ernst meinen mit einer neuen Mittelmeerpolitik und mit der Unterstützung für die Länder, die den Weg der Demokratie, der Veränderung und der Rechtsstaatlichkeit gehen, dann müssen wir eine größere Zahl von gut qualifizierten Menschen aus diesen Ländern für eine längere Zeit in der Europäischen Union willkommen heißen. Wir müssen sie in unseren Arbeitsmarkt integrieren. Wir müssen sie nach drei oder fünf Jahren, wenn sie zurückwollen, mit Risikokapital ausstatten, damit sie in ihrer Heimat Arbeitsplätze schaffen können.

Die Konzepte dafür liegen vor. Wie ich höre, bereitet auch die Bundesregierung solche Programme vor. Aber bislang konnten sich die zuständigen Ministerien noch nicht auf die Einzelheiten einigen. Ich fordere die Bundesregierung daher auf, diese administrativen Fragen schnell zu klären und dem Bundestag zu berichten, wie sie sich Lösungen für diese drängenden Probleme vorstellt.

Wie schon vor einem Jahr fordern wir den Abbau von Handelshemmnissen, die Errichtung von Freihandelszonen und den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit der Region, vor allem in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei. Das sage ich ganz bewusst mit Blick auf die Interessen der südlichen Länder. Nicht nur unsere Güter sollen von einer Freihandelszone profitieren und in den Süden exportiert werden können; vielmehr sollen

- auch die im Süden produzierten Güter leichter in den Norden exportiert werden können. Ich glaube, da sind noch einige Hausaufgaben zu machen. (C)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas grundsätzlicher werden. In der Vergangenheit schien es in der Europäischen Union eine Arbeitsteilung zu geben: Deutschland, Polen, Österreich und noch einige andere Länder waren für Osteuropa zuständig, Frankreich, aber auch Spanien und Italien für die südliche Nachbarschaft.

Durch die arabischen Revolutionen ist diese Arbeitsteilung obsolet geworden, nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich. Wir alle merken dies nicht zuletzt an den zahlreichen Veranstaltungen zum arabischen Frühling, zu den Umbrüchen in der arabischen Welt. Dieses Interesse und der Mut der Menschen in der Region sind für uns ein Auftrag. Um ihn zu erfüllen, müssen wir, finde ich, unsere Kräfte bündeln; vor allem müssen wir auf politischer Ebene die Kraft der Europäischen Union nutzen.

Ich rege an – Staatsminister Link ist ja anwesend –, jetzt einmal ein klares Zeichen im Rahmen der EU und der Arabischen Liga zu setzen; dies ist aufgrund der Veränderung notwendig. Ich finde, ein entsprechendes Treffen – wir haben uns schon zu ganz anderen, weniger bedeutsamen Anlässen getroffen – wäre sinnvoll, auch um deutlich zu machen, dass wir die Region stärken.

Lassen Sie mich eine zweite Anregung geben. Vielleicht wäre es sinnvoll, in Deutschland – in anderen Ländern ist dies schon geschehen – eine nationale Forschungs- und Beratungsstelle für Mittelmeerpolitik einzurichten, welche die vorliegenden und die neu zu entwickelnden Konzepte bündelt und der Öffentlichkeit und der Politik präsentiert. (D)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Der Vorsitzende der tunesischen Verfassungsversammlung, Dr. Ben Jaffar, hat am Mittwoch auf einer gut besuchten Konferenz der SPD-Fraktion zum Ausdruck gebracht, was für die Menschen vor Ort von Bedeutung ist. Zitat:

Wir brauchen unsere Freunde in Deutschland. Wir haben uns befreien können von unserem Diktator, aber das hat Spuren hinterlassen, mit eurer Unterstützung schaffen wir es. Die Botschaft an die Menschen muss sein: Es gibt Hoffnung!

Diese Hoffnung sollten wir nicht enttäuschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Joachim Hörster für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Joachim Hörster (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor knapp zehn Monaten, am 14. April 2011, haben wir hier in diesem Hohen Hause über den Antrag der SPD-Frak-

Joachim Hörster

- (A) tion diskutiert, der, wenn wir ihn heute lesen, in weiten Teilen zumindest ergänzungsbedürftig ist, wenn nicht sogar in die falsche Richtung weist. Ich hatte die Hoffnung, dass zum Beispiel im Auswärtigen Ausschuss die Gelegenheit genutzt wird, diesen Antrag auf Initiative der SPD zu erneuern und à jour zu bringen.

Wenn wir genau hinhören – wir haben die Reden von Herrn Stinner und Herrn Gloser gehört; auch in meiner Rede wird dies deutlich –, stellen wir fest, dass wir hinsichtlich des Umgangs mit den Problemen im Mittelmeerraum politisch nicht sehr weit auseinanderliegen. Ein Unterschied besteht vermutlich darin, dass die Sozialdemokraten glauben, es könnte ein allgemeingültiges Konzept geben, wie wir als Europäer, aber auch als Deutsche mit den Mittelmeeranrainern umgehen, während wir von der Koalition der Auffassung sind, dass wir uns Land für Land anschauen und für jedes Land eigene Konzepte entwickeln müssen.

Ich möchte unterstreichen, was der Bundesaußenminister gesagt hat: Es kommt entscheidend darauf an, welche Art von Hilfen die Mittelmeeranrainer von uns wollen. Das, was wir jetzt in Ägypten erleben, ist skandalös. Wir gehen viel zu vornehm damit um. Es kann doch nicht sein, dass wir unsere Hilfe zur Installation der Demokratie und zur Förderung des Parlamentarismus anbieten, wir die Vorbereitungen von Wahlen erklären und vieles andere mehr machen und dass dann die Stiftungen, die seit 30 Jahren unbehelligt in Ägypten arbeiten, mit rückwirkender Verfügung auf einmal sozusagen kriminalisiert werden. Dadurch wird einem gewissermaßen der Stuhl vor die Tür gestellt. Dies ist keine Einladung, zusammen etwas zu unternehmen, um die Demokratie in Ägypten zu fördern.

(B)

Das ist für mich Anlass, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir von Land zu Land unterscheiden sollten. Das einzige Land, bei dem ich die Hoffnung habe, dass der arabische Frühling zu einem Erfolg der Demokratie wird, ist Tunesien. Alle anderen Länder haben eine ganze Reihe von kleinen Schritten gemacht, die wir begrüßen sollten. Wir müssen uns allerdings auch einigen, ob wir, wenn zum Beispiel in Marokko ein bisschen mehr Parlamentarismus und Demokratie betrieben wird, lauthals schreien, dass dies nicht genug ist, oder ob wir sagen: Ihr seid auf dem richtigen Weg, lasst uns zusammenarbeiten, um dies zu vertiefen.

Wir müssen auch mit solchen Entwicklungen umgehen, wie sie sich zum Beispiel bei den Monarchien in den arabischen Ländern zeigen. Es muss Aufmerksamkeit erwecken, wenn die Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates darüber nachdenken, Jordanien und Marokko aufzunehmen; denn damit wären im Golfkooperationsrat alle arabischen Monarchien vereinigt. Dann könnten sie eine gemeinsame Politik betreiben. Es wäre spannend, zu untersuchen, wie wir uns dazu verhalten würden. Es wäre gut, wir würden uns dazu verhalten; denn es können auch andere als revolutionäre Entwicklungen, die zur Förderung der Demokratie beitragen, stattfinden.

Die Situation in Ägypten – ich glaube, das brauchen wir nicht weiter zu erörtern – ist außerordentlich kri-

tisch. Ich weiß nicht, ob es – gewissermaßen subkutan – ein Agreement zwischen den Moslebrüdern und der Armee gibt. Mir erscheint das, was dort vor sich geht, sehr merkwürdig, auch was den Umgang mit konkurrierenden Parteien und konkurrierenden Kandidaten betrifft. Wir werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgen müssen, was in Ägypten geschieht. Wir müssen auf jeden Fall immer bereitstehen, wenn es darum geht, die Demokratie zu fördern und zu helfen.

(C)

Die Situation in Syrien ist schrecklich; die Kollegen Gloser und Stinner haben das angesprochen. Wir haben keine Möglichkeiten, dort in größerem Umfang einzugreifen; im Auswärtigen Ausschuss haben wir intensiv darüber diskutiert. Ich glaube, jetzt müssen wir folgenden Weg beschreiten: Wir müssen Russland in die Pflicht nehmen – nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer UN-Resolution, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Zulassung humanitärer Hilfe –, um in dem schrecklichen Chaos, das zurzeit in Syrien herrscht, tätig werden zu können. Russland muss seinen Verbündeten Syrien zwingen, dafür zu sorgen, dass zumindest humanitäre Hilfe durch den Roten Halbmond und das Rote Kreuz gewährleistet werden kann und die bewaffneten Auseinandersetzungen so schnell wie möglich eingestellt werden. Ich denke, man muss die Russen, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Führungsverantwortung wahrnehmen, beim Portepée fassen und sagen: Es ist jetzt eure Pflicht, das auf die Reihe zu bekommen, um den europäischen Standards Genüge zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Russen wollen schließlich Teil Europas sein, und auch wir wollen, dass sie es sind.

(D)

Ich glaube, wenn wir jedes Land für sich betrachten und mit offenen Augen die Besonderheiten wahrnehmen, dann wird es uns gelingen, eine vernünftige Politik zu betreiben. Ich glaube nicht, dass wir eine neue Mittelmeerpolitik mit festen Programmen, die überall in gleicher Form angewendet werden, brauchen. Vielmehr sollten wir das tun, was der Bundesaußenminister gesagt hat: Land für Land und Kooperationsmöglichkeit für Kooperationsmöglichkeit untersuchen und dann geeignete Maßnahmen ergreifen. Das hilft uns weiter.

Wir alle wissen: Das größte Problem in den betreffenden Ländern ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Ich glaube nicht, dass dieses Problem dadurch gelöst wird, dass man für Visafreiheit sorgt.

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich! Auch!)

Ich glaube, es wird dadurch gelöst, dass man den jungen Leuten Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, das duale Ausbildungssystem exportiert und die mittelständische Wirtschaft, sofern sie in den arabischen Ländern vorhanden ist, ermutigt, junge Leute auszubilden und sie als Arbeitskräfte zu übernehmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Sevim Dağdelen das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation in Syrien wurde angesprochen. Die gegenwärtigen Kriegsdrohungen gegenüber Syrien und der vorangegangene völkerrechtswidrige Überfall der NATO auf Libyen zeigen eindrucklich, dass europäische Mittelmeerpoltik zurzeit nichts weiter ist als Außenpolitik, die das Recht des Stärkeren durchsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Mit welcher schlimmen Folgen: Mehr als 50 000 Tote im Libyen-Krieg! Jetzt werden in den Lagern in Libyen sogenannte Gaddafi-Anhänger zu Tode gefoltert. Erst Ende Januar dieses Jahres wurde der ehemalige libysche Botschafter in Paris tot aufgefunden. Es kann einem schlecht werden, wenn man sich die Ergebnisse dieser Ihrer humanitären Interventionen ansieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb steht die Linke, auch mit Blick auf die Mittelmeerregion, ohne Wenn und Aber für Verhandlungen statt Eskalation und – auch über die Mittelmeerregion hinaus – für Sicherheitsgarantien statt Förderung von Gewaltspiralen.

(Beifall bei der LINKEN)

**(B)**

Ich möchte Sie daran erinnern – weil Sie so tun, als sei das alles nicht geschehen –, dass Staatspräsidenten wie Assad vor nicht allzu langer Zeit bei der Gründung der Mittelmeerunion in Paris – auch Sie haben sie unterstützt – noch auf der Ehrentribüne sitzen durften.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Oh ja!)

Unter Rot-Grün wurden Häftlinge mit BKA-Begleitung nach Syrien zum Foltern geflogen. Als einzige Partei hat die Partei Die Linke dies immer wieder verurteilt und kritisiert. Daran sollten Sie sich erinnern, wenn Sie jetzt über einen sogenannten Neubeginn sprechen.

Die SPD beruft sich in ihrem Antrag auf die Ziele der europäischen Sicherheitsstrategie, nach der – ich zitiere – „an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“ entstehen soll. Sie verschweigen, dass „verantwortungsvoll“ für die EU auch der libysche Diktator Gaddafi und bis vor kurzem eben auch Assad gewesen sind, solange der eine Migration bekämpft hat und der andere bereit war, durch outgesourcte Folter auch deutsche Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den sogenannten Terrorismus mit Informationen zu beliefern.

Im Grunde handelt es sich bei den Forderungen der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion um die üblichen Zutaten des EU-Gesamtansatzes, das heißt um Grenzsicherung, Migrationsbekämpfung, den Abbau von Handelshemmnissen und die Einrichtung von Freihandelszonen. Herr Gloser hat das alles hier heruntergebetet.

Sprich: Es ist die alte falsche Strategie. Sie wollen jemandem eine Medizin verabreichen, die zu einer schlimmen Krankheit geführt hat, und jetzt wollen Sie auch noch die Dosis dieser falschen Medizin weiter erhöhen. (C)

(Günter Gloser [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

Allein die Linke will den Mittelmeerraum nicht weiter mit Migrationsabwehr und Neoliberalismus beglücken. Die Menschen rund um das Mittelmeer haben wirklich etwas Besseres verdient als Frontex und andere Abschottungsinstrumente.

(Beifall bei der LINKEN)

Erschreckend ist an Ihrem Antrag auch, dass nicht einmal mit einem Wort die Tausenden von Toten an den Mittelmeergrenzen als Preis des gegenwärtigen Abschottungsregimes erwähnt werden. Sie strengen sich auch gar nicht an. Es gibt keine ernsthaften Überlegungen in Ihrem Antrag, wie man Menschenleben durch Lockerungen der Migrations- und Asylpolitik retten könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen sprechen Sie von Rückübernahmeabkommen und Resettlement. Das ist einfach erbärmlich. Der UNHCR hat erst letzte Woche die neuesten Zahlen für das Jahr 2011 bekanntgegeben. Noch nie war eine so große Zahl von Menschen auf dem Weg nach Europa zu verzeichnen, die entweder noch als vermisst gelten oder ertrunken sind. Über 1 500 Tote – und Sie sprechen hier von Resettlement und Rückübernahmeabkommen. Ich finde, Sie sollten umkehren und Ihre Migrationsabwehrpolitik ändern. Dass Sie das nicht tun, haben Sie letztes bewiesen, als Sie sich bei der Abstimmung über den Antrag der Linken zum Stopp der Abschiebungen nach Syrien enthalten haben. (D)

Ich frage Sie, warum ein Weiter-so in Sachen Freihandelspolitik der EU und Migrationsbekämpfung gelten soll. Hier wäre doch die Möglichkeit für einen wirklichen Neubeginn gewesen. Die Linke findet, der wahre Maßstab für einen wirklichen Neubeginn ist die Einlösung des Versprechens von Freiheit, Gleichheit und Solidarität auch gegenüber den Menschen im Mittelmeerraum. Die Linke will diesen Neubeginn. Wir finden – ich bitte Sie, lassen Sie uns das einmal gemeinsam versuchen –, dass man hier mit ganz konkreten Schritten beginnen könnte, nämlich indem man einfach beschließt, keine Rüstungsexporte in den Mittelmeerraum und keine Abschiebungen von Migranten und Flüchtlingen aus dem Mittelmeerraum zuzulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Solidarität statt Krieg und Ausbeutung – das sollte unser Motto sein. Dafür steht jedenfalls die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Patrick Döring [FDP]: Ziemlich allein allerdings!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Viola von Cramon-Taubadel.

**(A) Viola von Cramon-Taubadel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Jetzt blicken wir also nach einem Jahr – das haben meine Vorredner schon gemacht – auf die Region rund um das südliche Mittelmeer. Was ist von den überraschenden Aufständen in Tunesien, Ägypten, Marokko oder auch in Libyen geblieben? In den meisten Fällen ist der Ausgang – das haben auch Sie, Herr Stinner, gesagt – komplett unklar. Die Anfangseuphorie ist vielfach der Ernüchterung gewichen. In Syrien hält die Gewalt des brutalen Regimes an. Gleichzeitig müssen wir fragen – das hat wenig mit Großmannssucht zu tun, sondern mit Pragmatismus –, ob wir die notwendige Unterstützung für eine echte Transformation auf den Weg gebracht haben. Wenn ich in Richtung Bundesregierung schaue und mir die Panzerlieferungen in Erinnerung rufe, dann sage ich: Das kann sicherlich nicht die Antwort sein.

Die Hoffnungen richteten sich zunächst auf Ägypten und Tunesien, wo es erstmals freie Wahlen gab. Doch nicht nur die Gewalteskalation im Stadion von Port Said in der letzten Woche zeigt, wie fragil die Situation insbesondere noch in Ägypten ist.

**(B) Gestern haben wir über die Stellung der politischen Stiftungen gesprochen. Herr Hörster hat gesagt, die Situation sei skandalös. Wir wissen aber auch, dass es nicht nur die Konrad-Adenauer-Stiftung, sondern auch die nationalen Stiftungen trifft. Wir müssen natürlich versuchen, in Zusammenarbeit mit dem Militärarrat zu einer Lösung zu kommen. Diese Eskalation auf diplomatischer Ebene weist aber darauf hin, dass der Militärarrat seine Macht nicht teilen, sondern vielmehr verfestigen möchte.**

Wie lassen sich die Prozesse hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus unserer Sicht also beschleunigen? Die Europäische Union hat hierfür im Rahmen ihrer neuen Nachbarschaftspolitik insgesamt 1,24 Milliarden Euro versprochen. Angesichts der Herausforderung ist das eine angemessene Summe; auch das wurde bereits erwähnt. Allerdings kommt das Geld viel zu langsam vor Ort an.

Nur in Tunesien – das ist auch unsere Hoffnung – hat sich das Engagement der EU sichtbar erhöht. Sie haben es gesagt: Hier könnte die Hilfe wirken. Das Prinzip insgesamt, das hinter der neuen Nachbarschaftspolitik steht – „More for more“ –, konnte bisher aber in keinem dieser Staaten wirklich neue Impulse geben.

Was muss unserer Meinung nach stattdessen gemacht werden? Wir sagen: Vor allem die Zivilgesellschaft muss gefördert werden. Dazu bietet sich eine europäische Stiftung für Demokratie an, um den Wandel im südlichen Mittelmeerraum dynamisch zu unterstützen.

Die Kollegin von der Linken hat es richtig gesagt:

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Nicht nur das!)

Bei der Migrationspolitik haben wir uns bisher viel zu lange und viel zu viele wohlmeinende Phrasen geleistet. – Anstatt weiter Abwehrmaßnahmen zu praktizieren,

müssen wir die häufig erwähnten Mobilitäts- und Bildungsprogramme endlich auch umsetzen. Herr Hörster, die Visafreiheit ist hierfür ein wichtiger Baustein. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne einen besseren Zugang für die Menschen nach Europa wird es keine echte Mobilität geben. Das müssen wir einfach anerkennen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist die Zeit des Mauerbaus und des Zäunziehens vorbei. Leider wurde in Libyen mit deutscher Rückendeckung – auch das wurde erwähnt – ein sogenanntes Grenzsicherungssystem installiert und mit Marokko und Tunesien zunächst über Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge und erst dann über eine weitere Unterstützung verhandelt. Das ist leider die Realität.

Was allerdings die Freihandelsfragen anbelangt – damit komme ich zum Antrag der Linken –, sprechen Sie viele wichtige Punkte an. Jeder wird den Titel „Faire Handelsbeziehungen zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien aufbauen“ unterschreiben. Wir wollen uns allerdings erweiterten Handelsabkommen mit den südlichen Ländern auf keinen Fall komplett verschließen. Wir wollen einen echten Pakt für Ausbildung und Arbeit und nicht die nationalen Grenzen verstärken. Wir wollen hohe Umwelt- und Sozialnormen in diesen Abkommen verankern und natürlich keine bilateralen Verhandlungen, wie sie derzeit in der EU vorgesehen sind. Ich glaube, im Rahmen des Agadir-Abkommens – das war ja schon einmal angedacht – könnte man nicht nur die Handelswege Richtung EU, sondern auch die Handelsströme der Länder untereinander erleichtern. (D)

Jetzt komme ich zu dem Aspekt der echten Solidarität gegenüber den Freiheitsbewegungen. Diese können wir nur dort beweisen, wo die Staaten mit ihren Produkten bereits heute wettbewerbsfähig sind. Das ist bei sehr vielen Produkten im Agrarsektor der Fall. Wir müssen uns hierüber mit unseren Partnern in den südlichen Ländern auseinandersetzen, was wir im Moment zum Teil nicht tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass sie krisengeschüttelt sind. An dieser Stelle würde ich mir wünschen, dass wir innerhalb der EU etwas mehr Mut hätten und uns für einen freieren Zugang für marokkanische oder tunesische Produkte einsetzen würden. Deshalb plädieren wir für eine Öffnung der EU-Agrarmärkte – zur Not auch mit einem Mehrheitsentscheid.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Den Beitrag des Kollegen Dr. Wolfgang Götzer aus der Unionsfraktion nehmen wir zu Protokoll.<sup>1)</sup>

Ich schließe die Aussprache.

<sup>1)</sup> Anlage 3

**Vizepräsidentin Petra Pau**

(A) Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/6421, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/5487 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Selbstständige Entwicklung fördern – Faire Handlungsbeziehungen zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien aufbauen“. Wer stimmt für den Antrag auf Drucksache 17/8582? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

(B)

(C)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

(B) (D)

## Anlage 2

### Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung:

- **Beschlussempfehlung und Bericht zu dem Antrag: Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik**
- **Antrag: Selbständige Entwicklung fördern – Faire Handelsbeziehungen zu Ägypten, Jordanien, Marokko und Tunesien aufbauen**

(Tagesordnungspunkt 23 a und b)

**Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU):** Die Transformationsprozesse in Nordafrika sind, wie die jüngsten Ausschreitungen in Ägypten mit über 70 Toten zeigen, teilweise noch weit von einem friedlichen Ausgang

- (A) entfernt. Noch sind keine neuen Strategien für den Mittelmeerraum gefragt, sondern konkrete Ad-hoc-Maßnahmen, die die Transformationsprozesse begleiten und in demokratische, rechtsstaatliche Bahnen lenken helfen. Deshalb hat die Bundesregierung die Transformationspartnerschaften mit Tunesien und Ägypten ins Leben gerufen. Deshalb hat auch die EU ihre Nachbarschaftspolitik überarbeitet und an die Erfordernisse der Transformationsländer angepasst.

Mit diesen Maßnahmen und Programmen haben wir einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik in Gang gesetzt. Dabei haben die Bundesregierung und die EU strategische Weitsicht bewiesen. Denn wenn es uns gelingt, Einfluss auf den Verlauf der Transformationsprozesse auszuüben und den Aufbau demokratischer Staaten in Nordafrika zu unterstützen, ist das die beste Basis für eine EU-weite langfristig erfolgreiche Mittelmeerpolitik.

Hierzu sind wir mit der gegenwärtigen deutschen Mittelmeerpolitik auf dem besten Weg. Im Rahmen von Transformationspartnerschaften mit Tunesien und Ägypten fördern wir effizient den demokratischen und rechtsstaatlichen Wandel in der Region.

Was unsere Kooperation mit Tunesien, dem Land, von dem die Umwälzungen in der arabischen Welt ausgingen, angeht, so hat Deutschland bereits Anfang 2011 Unterstützung angeboten. Darauf aufbauend vereinbarten beide Seiten dann, diese Zusammenarbeit in einem „Transformationsdialog“ zu verstetigen. Darüber hinaus beinhaltet eine gemeinsame Absichtserklärung über die Transformationszusammenarbeit vom September letzten Jahres umfassende Kooperationsansätze für die kommenden zwei Jahre.

- (B) Auch die Unterstützung für Ägypten ist im Rahmen der Kooperationspartnerschaft erfolgreich angelaufen. Die Bedeutung der Transformationspartnerschaft für den weiteren Ausbau der deutsch-ägyptischen Beziehungen betonten der deutsche und der ägyptische Außenminister in der Berliner Erklärung vom August 2011. Bleibt zu hoffen, dass die mehr als unerfreulichen Ereignisse im Zusammenhang mit den deutschen politischen Stiftungen in Ägypten diesen Prozess nicht nachhaltig beschädigen.

Die Schwerpunkte beider Transformationspartnerschaften für 2012 und 2013 sind: die Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit, die Unterstützung guter Regierungsführung, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung und Kooperation im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Insgesamt wird die Bundesregierung 2012 und 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. 60 Prozent der Mittel sollen den politischen und wirtschaftlichen Wandel unterstützen, 40 Prozent den Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Auch die gegenwärtige europäische Mittelmeerpolitik ist so angelegt, dass sie den Anforderungen der Transformationsländer gerecht wird.

- (C) So hat die europäische Kommission bereits sehr schnell nach Beginn der arabischen Revolution ihre Europäische Nachbarschaftspolitik neu auf die Bedürfnisse der Transformationsländer ausgerichtet und diese im Lichte der fortschreitenden Umwälzungsprozesse kontinuierlich weiterentwickelt. Erst letzten September hat die EU erneut vier weitere Programme zur Unterstützung der Transformationsländer beschlossen, nämlich: ein Unterstützungsprogramm zur nachhaltigen Förderung demokratischer Transformation und wirtschaftlicher Entwicklung mit einem Gesamtvolumen von 350 Millionen Euro, Maßnahmen zur Förderung der ärmeren Gebiete Tunesiens, Maßnahmen zur Förderung der Zivilgesellschaft sowie ein erweitertes „Erasmus Mundus Programm“ zur Förderung des wissenschaftlichen Austausches.

Damit will die EU stärker Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit fördern, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt rücken, sowie Hilfgelder aufstocken und deren Vergabe verstärkt an die Einhaltung demokratischer Werte und Normen binden. Ferner wird sich die EU auch für die sensiblen Themen wie Mobilität und Handelserleichterungen im Interesse der Transformationsländer öffnen.

Hierzu wird die EU Verhandlungen über vertiefte und umfassende Freihandelszonen mit Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien führen. Diese Freihandelszonen sind für uns von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu schaffen. Als Fernziel sollen sie die Errichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums ermöglichen, der Nordafrika eng mit der EU verbinden wird.

(D) Genau in dieser engeren wirtschaftlichen Verbindung sehen wir im Gegensatz zur Fraktion Die Linke eine Chance, die Zukunft diesseits und jenseits des Mittelmeers gemeinsam zu gestalten. Es geht der EU entgegen der Meinung der Linken nicht darum, die Reformprozesse in Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien für ihre wirtschaftlichen Interessen auszunutzen. Im Gegenteil! Die Bereitschaft der EU zur Vertiefung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit den Transformationsländern zeugt von dem Bestreben, die Wirtschaftsbeziehungen zum beiderseitigen Nutzen und auf partnerschaftlicher Ebene zu vertiefen.

Diese richtungweisenden europäischen Initiativen, fixiert in den Ratsschlussfolgerungen vom Dezember 2011, zeugen von der Bereitschaft, über konkrete Ad-hoc-Maßnahmen hinaus den Grundstein für eine langfristige, nachhaltige EU-Mittelmeerpartnerschaft zu legen.

Diese erfolgreiche Bilanz der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik der letzten Monate zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg. Uns allen kann nur daran gelegen sein, den arabischen Ländern, die sich jetzt im Umbruch befinden, vernünftige und nachhaltige Unterstützungsmaßnahmen anzubieten, die ihren Bedürfnissen gerecht werden. Nur so schaffen wir die Basis für eine zukünftige Mittelmeerpolitik, die auf gemeinsamen Werten und Idealen fußt.

